

**„Heute ist die Repression in Kolumbien wesentlich geschickter“**

**Interview mit Alberto Gomez, Menschenrechtsanwalt**

**Im Interview beklagt Alberto Gomez, geflohener Menschenrechtsanwalt aus Kolumbien, die „völlige Zerrüttung und Verkommenheit“ der kolumbianischen Politik und Gesellschaft und beschreibt die Mechanismen und Hintergründe der politischen Verfolgung.**



**Herr Gomez, wie viele Personen aus Kolumbien fliehen derzeit nach Deutschland und warum sind sie hier?**

Es gibt derzeit rund 1.100 Personen, die in Deutschland Asyl beantragt haben. Im Vergleich zu den Zahlen der Geflüchteten aus anderen Ländern wie Syrien oder Afghanistan sind das nicht viele, aber wenn man die Zahlen im historischen Vergleich betrachtet, sind sie bemerkenswert. Sowohl die Zahlen der EASO als auch anderer internationaler Organisationen weisen darauf hin, dass 2019 und 2020 die Zahl der Geflüchteten aus Kolumbien erheblich zugenommen hat. Kolumbien steht bei diesen Zahlen im südamerikanischen Vergleich an zweiter Stelle hinter Venezuela.

Niemand flieht gern aus seiner Heimat. Es ist auch nicht so, dass Kolumbianer schon lange auf der Suche nach einem besseren Leben nach Europa kommen. Nein. Kolumbien bietet

sehr gute Lebensbedingungen, was das Klima, die Versorgung mit Lebensmitteln und grundlegende gesellschaftliche Dienste angeht. Aber man kann auf die Dauer nicht mit Gewalt leben, mit Verfolgung durch den Staat, mit täglichen Mordanschlägen und Toten. Diese Ereignisse kann man in der internationalen Presse finden. Sie finden schon seit Jahren statt, aber ganz besonders, seit Ivan Duque in das Präsidentenamt gekommen ist.

### **Können Sie schildern, wie die Verfolgung in Ihrem konkreten Fall aussah?**

2018 war ich bei der Parlamentswahl als Wahlbeobachter in der Region der Atlantikküste eingesetzt und habe gesehen, wie Wahlbetrug begangen wurde. Ich habe das bei den zuständigen Behörden angezeigt und der Presse bekanntgegeben. Das hat dazu geführt, dass ein sehr mächtiger Senator mich verfolgt. Obwohl er selbst heute im Gefängnis sitzt, ist seine Nichte nach wie vor hinter mir her. Und dazu bedient sie sich der Paramilitärs, die niemals wirklich demobilisiert wurden.

Außerdem hatte ich eine Reihe von Regierungsaufträgen, die alle auf einmal gekündigt wurden, als bekannt wurde, dass ich nicht die Wahlkampagne des Präsidenten unterstützt hatte. Die Verfolgung begann also auf dem Feld der Beschäftigung, man versuchte, uns den Lebensunterhalt zu entziehen. Man sagte mir: „Sie können nicht mehr für uns arbeiten, denn Sie kritisieren den Staat, der Sie ernährt.“ Und meine Antwort war: „Das ist ein Irrtum. Ich arbeite für eine nationale Behörde, und die Nation ernährt mich, nicht Sie oder die Regierung.“ Daraufhin schickten sie mich erst einmal in einen Keller und ließen mich dort das Archiv aufräumen.

Ich hatte als Rechtsberater gearbeitet, in verschiedenen Institutionen. Ich habe Tausende von Menschen beraten und mein Bestes gegeben, denn ich fühlte mich nicht nur an meinen Vertrag gebunden, sondern auch an meine soziale Verpflichtung. Und ich war nicht der einzige, es gab viele von uns. Aber dann ging es los, dass wir wegen unserer Tätigkeit verfolgt und viele von uns umgebracht wurden.

Wir rollten Prozesse um Landstreitigkeiten wieder auf, denn wir wussten, dass die Chancen unserer Klienten schlecht gewesen waren, wenn alle Instanzen wie Staatsanwaltschaften, Ombudsleute und Gerichte Hand in Hand gearbeitet hatten, anstatt sich gegenseitig zu kontrollieren. Zu den wichtigsten Akteuren in den bewaffneten Konflikten hatten die Großgrundbesitzer und großen Viehzüchter gehört. Sie hatten schon immer ihren Landbesitz auf Kosten Dritter erweitert. Und in vielen dieser Prozesse ging es darum, unrechtmäßige Enteignungen rückgängig zu machen und das Land den ursprünglichen Besitzern oder deren Erben zurück zu geben. Das konnte den Großgrundbesitzern natürlich nicht recht sein.

Im Mai 2019 wurde eine Kollegin von mir ermordet, im Juli ein zweiter Kollege. Im Mai musste ich meine Kinder aus der Schule abmelden, weil ich einen Drohanruf erhalten hatte, und zwar an eine Telefonnummer, die ausschließlich der Staatsanwaltschaft bekannt war. Und dabei sagte man mir, wo meine Kinder zur Schule gingen, wie sie hießen und was sie anhatten, und am Ende hieß es: „Geben Sie Ruhe, sonst bringen wir Sie um.“ Meine Frau wurde ebenfalls bedroht und von der Polizei misshandelt. Und mit den Morden an Menschen aus meiner Umgebung und allgemein der steigenden Anzahl von Mordanschlägen wurde die Bedrohung auch für mich immer realer.

Vielleicht hatten die Drohungen auch damit zu tun, dass ich 2018 eine Entscheidung getroffen hatte. Bis dahin hatte ich meist im Hintergrund gearbeitet, mein Job war die Recherche und Zuarbeit für andere, die stärker im Rampenlicht standen. Aber 2018 übernahm ich einen Posten als „Consejero territorial de planeación“. In Kolumbien gibt es auf kommunaler Ebene neben der Stadtverwaltung mit dem Bürgermeister und dem Stadtrat auch noch ein Gremium, in dem alle zivilen Organisationen des Ortes vertreten sind, von Wirtschaftsverbänden über Umweltgruppen und Tierschützern bis zur Interessenvertretung der Obdachlosen. Dieser Kommission durfte ich angehören, und man beauftragte mich, die Regionalplanung der Kommune Bogotá zu überprüfen. Diese Tätigkeit gab mir eine bestimmte Bekanntheit. Deshalb war es für mich keine Option, als die Drohungen angingen, das zu tun, was die Polizei vielen verfolgten Personen rät, nämlich in einen anderen Landesteil zu flüchten. Egal ob ich nach Leticia gehe, ins Amazonasgebiet oder an den Orinoco, sobald ein Vertreter der örtlichen Autoritäten meinen Personalausweis ins Internet eingibt, weiß er, wer ich bin und wer hinter mir her ist. Und so ist es vielen Menschen ergangen, die nach der Krise von 2019 feststellen mussten, dass es für sie unmöglich war, in Kolumbien zu bleiben. Die meisten von ihnen sind Familien, die vor allem Angst um ihre Kinder haben, oder junge Menschen. Und als ich am 27. Dezember 2019 eine weitere Drohung erhielt, indem Fremde an meinem Wohnort auf dem Land auftauchten (der nur den Behörden bekannt war) und einige meiner Hunde mit Macheten erschlugen – zum Glück befand sich meine Familie nicht zu Hause – da war mir klar, dass ich auf der Liste stand und das Land verlassen musste.

## **Was war das für eine Krise 2019?**

2016 hatte die Regierung Santos das sogenannte „Friedensabkommen“ mit der größten Guerillaorganisation FARC geschlossen. Es gab und gibt aber verschiedene Gruppen, deren Interessen darin übereinstimmen, die Umsetzung der Friedensverträge zu verhindern. Das Abkommen sah beispielsweise 20 Parlamentssitze für Vertreter der Opfer der Gewalt vor, aber die Regierung hat sie ihnen verweigert. Ich habe das Friedensabkommen unter der Fragestellung untersucht, wie viel davon umgesetzt worden ist, und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass nicht einmal 30% der Vereinbarungen in der Praxis Anwendung gefunden haben.

Wenn ein Vertrag nicht eingehalten wird, werden die Leute wütend. Deshalb sind sie ab Juli 2019 auf die Straße gegangen. Seit der Unterzeichnung des Abkommens sind 1167 Vertreter von Basisorganisationen ermordet worden. Davon waren nur ein paar ehemalige Angehörige der FARC, die übrigen waren sozial und politisch engagierte Personen wie ich, die umgebracht wurden, weil sie sich zu Wort gemeldet hatten. Das sind mehr Opfer als sie der jüngste Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern gefordert hat, aber niemand reagiert. Die internationale Gemeinschaft schweigt, niemand hilft uns.

Die Proteste von 2019 hat der Präsident überhaupt nicht ernst genommen. Dabei fanden sie auf vier verschiedenen Ebenen statt: es gab friedliche Mobilisierung auf den Straßen, politische Aktionen, Aktionen über die Gerichte und Aktivitäten auf internationaler Ebene. Also Petitionen, Anzeigen bei Gerichten, Interventionen im Parlament usw. Die Reaktion der

Regierung war ganz ähnlich wie das, was wir zurzeit beobachten. Sie verfolgte und bedrohte die Organisatoren und Teilnehmer der Proteste und alle Vertreter der Zivilgesellschaft, die sich zu Wort gemeldet hatten.

Dann begannen die großen Ferien, und danach breitete sich das Coronavirus aus. Für die Regierung war das eine Erlösung. Die Regierung von Ivan Duque konnte den gesundheitlichen Notstand ausrufen und mittels diktatorischer Maßnahmen und ohne Kontrolle durch den Kongress regieren. Viele ihrer Verfügungen sind formal längst abgelaufen, aber der Kongress erhält keine Möglichkeit, den Zustand der Legalität wieder herzustellen. Unter diesen Bedingungen sind die Menschen der Repression besonders ausgeliefert: Es gibt nach wie vor selektive Mordanschläge, verbreitete Gewalt, und die Staatsanwaltschaft schützt die Opfer nicht. Ich habe mich zweimal an die Staatsanwaltschaft gewandt, weil ich bedroht wurde, sie haben meine persönlichen Daten aufgenommen. Das Ergebnis war, dass die Verfolgung an meinem neuen Wohnsitz weiterging. So ist es den allermeisten Personen ergangen, die Kolumbien schließlich verlassen mussten.

### **Wie erging es ihrer Frau?**

Während der Unruhen im November 2019 hat meine Frau von Seiten der Polizei Misshandlungen von höchster Brutalität erfahren. Sie hat erst vor kurzem beschlossen, über das zu sprechen, was ihr angetan wurde. Das ist ihr nicht leicht gefallen, vor allem im Hinblick auf unsere Kinder und unsere Familien in Kolumbien. Aber man muss die Verbrechen öffentlich anprangern, man muss klar machen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, dass Vergewaltigungen zur Repression gehören. In der bisherigen Geschichte haben die Frauen über solche Gewalttaten geschwiegen, ob sie nun in der Ehe stattgefunden haben oder in Institutionen wie Schulen oder Universitäten, und natürlich besonders, wenn sie Teil der gesellschaftlichen und politischen Gewalt in Kolumbien waren. Zum einen, weil sie damit öffentlich stigmatisiert werden, zum anderen aber auch, weil sie sich der zusätzlichen Gefahr aussetzen, dass die Täter sie als Zeuginnen beseitigen wollen.

Im Rahmen einer Untersuchung sprach ich im Jahr 2019 mit einem ehemaligen Mitglied der AUC. Und über dem Kaffee sagte er zu mir: „Ich bin bei den AUC sexuell misshandelt worden.“ Und dann fügte er hinzu: „Es gibt Hunderte, denen es so ergangen ist wie mir.“

**Das ist eine Taktik, die in vielen militärischen Einheiten angewandt wird, welche auf Repression „spezialisiert“ sind. Die jungen Rekruten werden mit den gleichen Praktiken misshandelt, die sie dann selbst anwenden sollen.**

Das Besondere im Fall von Kolumbien ist, dass die Organisation zur Unterstützung der Opfer ein Verfahren festgelegt hat, wie mit sexueller Gewalt, sei es gegen Frauen oder gegen Männer, umgegangen werden soll. Aber ironischerweise machen Männer von diesem Verfahren keinen Gebrauch. Als ich 2017 einschlägige Dokumente zu Gesicht bekam, hatten lediglich 45 Männer angezeigt, dass sie Opfer sexueller Misshandlung geworden waren. Deshalb kann die Regierung behaupten, dass es in dieser Hinsicht kein Problem gäbe, denn es gibt keine Zahlen darüber. Die Hilfsangebote sind beträchtlich: es gibt psychologische Unterstützung und eine materielle Entschädigung. Aber ich würde vermutlich genauso handeln wie die meisten Opfer. Ich hätte Angst, meinen Ruf zu verlieren oder meine Familie zu belasten.

Das sind Konflikte innerhalb des großen Konflikts. Hier fallen keine Bomben, aber das Leiden ist real.

### **Warum Europa? Lag es nicht nahe, in ein anderes lateinamerikanisches Land zu flüchten?**

Innerhalb des Landes haben wir zurzeit 7 Millionen Vertriebene. Man kann die Zahlen auf der Seite der „Unidad de víctimas“ finden, obwohl sie möglicherweise inzwischen gelöscht sind, weil die Regierung sogar die Erinnerung auslöschen will. Die Funktionäre, die die Fakten sammeln und archivieren sollten, sind inzwischen durch andere ausgetauscht worden, mit dem Ziel, die Geschichte zu verändern. Und wenn wir uns dem widersetzen, bedrohen und töten sie uns.

Gibt es für uns die Möglichkeit, in ein anderes südamerikanisches Land zu fliehen? Das traditionelle Exilland für Kolumbianer war immer Venezuela. Es war ein reiches Land mit der gleichen Sprache und nahe unserer Heimat gelegen. Wenn man Arbeit fand, konnte man dort gut leben. Aber in der gegenwärtigen Situation, in der sich das Land befindet, ist das kein gangbarer Weg mehr. Ecuador und Peru sind zwei sehr instabile Länder, die politischen Flüchtlingen keine Sicherheit bieten können. Brasilien kommt auch nicht in Frage, wegen der Sprache und wegen der ultrarechten Regierung. Zudem gehört es zu den Ländern mit den meisten Covid-Toten, was auch die Folge falscher politischer Entscheidungen seitens der Regierung ist. Wir haben auch überlegt, in die USA zu gehen. Aber 2019/20 regierte noch Donald Trump. Zudem hatte die US-Regierung stets Alvaro Uribe unterstützt und seine Opponenten kritisiert, und es war schwer vorstellbar, wie man als politischer Flüchtling dort leben sollte.

Als die Freunde in Kolumbien, bei denen ich Unterschlupf gefunden hatten, mir sagten, dass ich sie durch meine Anwesenheit in Gefahr brachte, wusste ich, dass ich das Land verlassen musste. Die Behörde, die bedrohte Personen schützen soll, die UNP, wird von Anfragen überhäuft. Ich habe einen Brief von dieser Institution erhalten, der besagt, dass man nichts für mich tun kann, weil die Zahl der Hilfsgesuche so überwältigend ist. Früher hat man den Antragstellern ein Mobiltelefon gegeben, was sie aber brauchten, war ein Schutzkonzept. Und diese Notwendigkeit besteht für derart viele Personen in Kolumbien, dass die Behörde einfach nicht mitkommt. Deshalb war für mich auf diesem Wege auch kein Schutz zu erhoffen. Also blieb nur noch Europa als letzte Alternative.

### **Wie kam es, dass Sie nach Deutschland gekommen sind? Allein die Sprache ist doch eine erhebliche Hürde für Sie und andere Geflüchtete aus Lateinamerika.**

Als ich im Aufnahmezentrum ankam, sagte dort der Arzt zu mir: „Hier ist alles deutsch: die Luft, der Boden, und auch die Sprache. Warum seid Ihr nicht nach Spanien gegangen?“ Als Flüchtling gewöhnt man sich an Manches. Im Vergleich zu der Bedrohung, der ich entkommen war, war das nur eine gewöhnliche Diskriminierung – mit der ich in Deutschland allerdings nicht gerechnet hatte. Für mich war Deutschland immer das Land der Geistesgrößen gewesen – in den Rechtswissenschaften, der Philosophie, der Psychologie

oder der Soziologie. In der Nähe von hier, in Hannover, ist Hannah Ahrend aufgewachsen. Ich bewundere das Grundgesetz, das im ersten Artikel die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt. Ich bin in der Tat der Überzeugung, dass demokratische Werte und Meinungsvielfalt nicht zur Disposition stehen. Den Ausschlag für unsere Entscheidung, nach Deutschland zu kommen, gaben die Verbindungen meiner Frau, die Yogalehrerin ist, zu einer hinduistischen Gemeinde in Berlin. In der Praxis konnten uns diese Personen aber wenig helfen, trotz bester Absichten, denn die bürokratischen Abläufe für die Beantragung von Asyl sind klar festgelegt, und so sind wir am Ende in Niedersachsen gelandet.

**Kommen wir noch einmal zu Kolumbien zurück: Es wurde in Europa jahrzehntelang als ein gefährliches Land mit einem hohen Maß an Gewalt wahrgenommen. Kann man sagen, dass es sich bei der aktuellen Gewalt um ein neues Phänomen handelt?**

Es gab schonmehrfach große Fluchtbewegungen aus Kolumbien: als 1991 die Bewegung M19 aufgelöst wurde. Eine weitere Fluchtwelle wurde 2002 ausgelöst, als Álvaro Uribe Vélez die Präsidentschaft übernahm. In beiden Fällen handelte es sich um eine Reaktion auf die staatliche Verfolgung derjenigen, die willkürliche Handlungen und Übergriffe durch die Regierung anprangerten. In seinem Buch „Hundert Jahre Einsamkeit“ beschreibt Gabriel García Márquez das Massaker in den Bananenplantagen 1928, als Hunderte streikender Plantagenarbeiter getötet wurden. Dieses Ereignis wurde oft geleugnet, aber es ist eine historische Tatsache. Die Streikenden wurden erschlagen und ihre Körper in Eisenbahnwagons zur Küste gefahren und ins Meer geworfen.<sup>1</sup> Heute wirft man die Opfer staatlicher Verfolgung nicht ins Meer, sondern in Flüsse oder Seen, wo die Krokodile dafür sorgen, dass ihre Körper verschwinden.

**Auch das Verschwindenlassen ist nach wie vor ein Thema?**

Im Kolumbien gibt es Tausende und Abertausende von Verschwundenen, von denen niemand weiß, wo sie sich befinden. Die Behörden, die für Frieden und Gerechtigkeit sorgen sollen, versuchen, diese Fälle aufzuklären. Im Jahr 2016 wurden über 6.400 sogenannte „falsos positivos“ nachgewiesen, das heißt, 6.400 junge Menschen wurden als angebliche Guerilleros bezeichnet, die bei Kämpfen umgekommen seien. Aber das war nicht wahr. Es handelte sich um junge Männer und Frauen aus den Elendsvierteln, aus den ärmsten Sektoren der Gesellschaft. Manche wurden nachts von der Polizei aufgegriffen, aber selbst, wenn man mit Drogen, angetrunken oder ohne festen Wohnsitz angetroffen wird, ist man noch kein Krimineller, und erst recht kein Angehöriger einer Guerillabewegung. Oft genug machte die Polizei Fehler bei der Präsentation dieser „Guerilleros“: sie drückte toten Linkshändern ein Gewehr in die rechte Hand oder zog ihren Opfern die Stiefel verkehrt herum an.

---

<sup>1</sup> Im November 1928 waren mehr als 25.000 Arbeiter der United Fruit Company in den Streik getreten. Als eine Einigung zwischen Streikenden und Unternehmen nicht zustande kam, schickte die kolumbianische Regierung Truppen, um den Streik gewaltsam zu beenden. Die genaue Zahl der Opfer konnte nie festgestellt werden. (E.v.O.)

## **Aber 2016 wurde doch das Abkommen unterzeichnet, das die Gewalt beenden sollte.**

Ja, nach dem so genannten „Friedensabkommen“ sank das allgemeine Niveau der Gewalt, was aber einsetzte, waren die sogenannten „selektiven“ Morde. Zunächst wurden ehemalige Guerillakämpfer umgebracht, die das Abkommen mitunterzeichnet hatten. Danach traf es Personen, die diese Ex-Guerilleros beraten haben, mit diesen habe ich auch zusammengearbeitet. Ich bin gegen die Guerilla und ihre Ideen, aber wenn sich jemand der Gerichtsbarkeit unterwirft und einen Friedensvertrag anerkennt, dann muss man dieses Verhalten unterstützen. Aber am Ende wurden viele Beschlüsse des Friedensabkommens nicht in die Praxis umgesetzt bzw. wie vorgesehen in Gesetze umgewandelt. Das wichtigste Vorhaben in diesem Zusammenhang war in meinen Augen ein Gesetz, das den Grundbesitz regeln sollte.

## **Warum ist gerade die Landfrage so entscheidend für Kolumbien?**

In Kolumbien besitzt 1% der Bevölkerung 90% des Ackerlandes. In aller Welt wird behauptet, die Ursache hinter der Gewalt in Kolumbien sei der Drogenhandel. Aber das stimmt so nicht. Der Drogenhandel ist nicht ein kolumbianisches, sondern ein weltweites Problem. Die Grundlage aller Konflikte in Kolumbien ist die ungleiche Landverteilung. Sie führt zu einer gesellschaftlichen Spaltung in Arme und Reiche, in solche, die sich eine gute Ausbildung leisten können und die, denen das versperrt ist. Solange die ungleiche Verfügung über dieses zentrale Produktionsmittel, den Boden, aufrechterhalten bleibt, solange der Zugang zu Bildung und sozialem Aufstieg verhindert werden, wird es auch weiterhin Konflikte in der kolumbianischen Gesellschaft geben.

Ein Beispiel: Die Firma Unilever stellt in Kolumbien Tomatensauce her, die weit verbreitet und sehr beliebt ist. Die Tomaten dafür werden heute in Kolumbien angebaut. Dafür wurden Kleinbauern von ihren Parzellen vertrieben. Das hat aber nicht Unilever selbst gemacht. Vielmehr haben paramilitärische Gruppen die Bauern vertrieben und ihren Boden mittels gefälschter Grundbucheinträge an sich gebracht. Dann wurden die Grundstücke an eine Reihe von Strohmännern oder Firmen verkauft und konnten schließlich von der Unilever oder einem ihrer Subunternehmen scheinbar legal erworben werden.

## **Wenn wir noch einmal zum Friedensabkommen mit der Guerilla zurückkehren: Würden Sie sagen, dass es gescheitert ist oder hat es auch Erfolge gebracht?**

Beides, es hat Erfolge und Rückschläge gegeben. Von 2016, als das Abkommen unterzeichnet wurde, bis 2018 habe ich als Anwalt in der „Unidad de víctimas“ der Regierung Santos gearbeitet und war in drei verschiedenen Landesteilen tätig. Ich war wirklich vor Ort und kenne deshalb die Situation. Wenn man ehrlich sein will, kann man das Abkommen nicht rundheraus als Fehlschlag bezeichnen, das wäre ungerecht. Der Vertrag umfasste eine Reihe von Aufgaben. Eine davon war die Schaffung einer Wahrheitskommission, eine andere die Einrichtung einer besonderen Gerichtsbarkeit für den Friedensprozess. Diese Instanzen wurden in der Tat ins Leben gerufen, sie existieren und arbeiten, aber sie stehen unter ständigem Beschuss durch die Personen, die nicht wollen, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Dabei kann die Wahrheitskommission niemanden verurteilen. Sie soll nur festhalten, was in Kolumbien geschehen ist, damit dergleichen nie wieder passieren kann. Es wurden auch einige Gesetze verhandelt und verabschiedet, und es ist sicherlich besser, wenn

Kongressabgeordnete Reden im Parlament halten als wenn sie veranlassen, dass Dorfgemeinschaften mit Brandbomben beschossen werden. Denn auch das ist passiert und muss vor der Öffentlichkeit eingestanden werden.

Aber Alvaro Uribe hat – entgegen den Vereinbarungen – niemals die AUC [den Dachverband der Paramilitärs] demobilisiert. Einige ihrer Anführer hat er in die USA geschickt, um zu verbergen, dass er die AUC mit geschaffen und immer unterstützt hat. Und andere werden heute verharmlosend als „organisierte bewaffnete Gruppen“ bezeichnet, um zu verbergen, dass es sich um die Paramilitärs von früher handelt. Der Drogenhandel ist zwar der Brennstoff, der den Waffenhandel und die Korruption in Gang hält, aber wenn es ihn nicht gäbe, würde etwas anderes an seine Stelle treten: Erpressungen oder Schutzgelder.

### **Könnten Sie die Paramilitärs noch genauer charakterisieren? Was für Menschen finden sich in diesen Gruppen?**

Das ist eine traurige Geschichte. Ich versuche, objektiv zu sein. Wenn ich ganz subjektiv reagieren würde, würde ich sagen: Die sind das Letzte! Aber wenn man sachlich herangeht, muss man sagen: Diese Leute kommen aus entlegenen und vernachlässigten Regionen des Landes. Es sind junge Leute, die nur eine kurze Schulbildung genießen konnten, viele junge Frauen werden sehr früh schwanger, die Männer müssen eine Arbeit suchen, ohne eine Ausbildung zu haben, sie kommen aus sehr, sehr armen Familien und haben nur wenig Zugang zu Bildung. In Kolumbien ist das öffentliche Bildungswesen sehr schlecht. Hier in dem deutschen Dorf, in dem ich jetzt lebe, wohnt der reichste Einwohner schräg gegenüber von meiner Wohnung, und sein Sohn geht auf dieselbe öffentliche Schule wie meiner. Aber wer in Kolumbien Geld hat, schickt seine Kinder auf eine Privatschule, wo sie Fremdsprachen lernen und das, was man „Querschnittqualifikationen“ nennt. Ein Kind aus einer wohlhabenden Familie bekommt Zugang zu einer völlig anderen Welt, selbst wenn es in Kolumbien studiert, und oft werden diese Studien dann noch im Ausland vertieft. Das ist völlig in Ordnung, ich habe nichts dagegen. Das Problem ist, dass 90% der kolumbianischen Jugendlichen keinerlei Zugang zu solchen Möglichkeiten haben, weil die Eltern keine Privatschule bezahlen können. Es heißt, die Bildung in Kolumbien werde vom Staat gewährleistet, aber es gibt nur ganz wenige Stipendien für die staatlichen Universitäten. Außerdem sind die Aufnahmeprüfungen sehr streng, und Absolventen von Privatschulen haben wesentlich bessere Chancen, sie zu bestehen.

In Deutschland gibt es eine geregelte Berufsausbildung, aber in Kolumbien gibt es nur die Universität, wenn man später einen Arbeitsplatz haben will, der mehr als den gesetzlichen Mindestlohn einbringt. Und das sind noch nicht einmal 300 Euro im Monat, von denen eine ganze Familie leben soll. Den jungen Leuten, von denen ich eingangs gesprochen habe, steht also nur der Weg offen, Landarbeiter oder Kleinbauer zu werden oder eine Gelegenheitsarbeit in einer Stadt zu finden, alles unter sehr schwierigen Bedingungen. Wenn man bedenkt, was Miete und Lebensmittel kosten, reicht ihnen das Einkommen gerade zum Überleben. Welche Alternativen haben sie? Da gibt es natürlich die Coca. Aber die Cocapflanzungen sind alle mit irgendwelchen illegalen bewaffneten Gruppen verbunden, seien es die FARC oder die AUC, die ihrerseits Verbindungen in die Politik haben, das heißt zu Regionalpolitikern. Das können Mitglieder der Stadträte sein, Bürgermeister, Parlamentsabgeordnete oder Senatoren. Diese Personen haben alle ihre Machtstrukturen in

der Region, und da müssen sie sich irgendwie zuordnen. Und dann bietet man den jungen Leuten unter diesen Bedingungen eine Waffe an, ein Auto, Alkohol, Bargeld – und mit einer Million Pesos in der Tasche ist man in diesen Ortschaften schon ein König, hat Zugang zu Frauen, kann Land kaufen... Das bedeutet für diese Personen Erfolg und Aufstieg.

**Wollen Sie damit sagen, dass die Gewalt der paramilitärischen Gruppen keine politischen Motive hat?**

Die Mitglieder der paramilitärischen Gruppen machen das erst einmal nicht aus politischer Überzeugung, sondern notgedrungen. Danach werden sie dann aber auch indoktriniert. Man sagt ihnen, dass Guerilleros, Linke und Kommunisten umgebracht werden müssen. Dabei gibt es in Kolumbien gar keine Kommunisten mehr, die wurden alle getötet.

Insgesamt gibt es in Kolumbien wenige Überzeugungen, die mit großer Leidenschaft vertreten werden. Álvaro Uribe hat mal gesagt: „Wir Kolumbianer wissen, was gemacht werden muss.“ Und daraus ergeben sich dann praktische Aufgaben. Aber hinter dieser Einstellung stehen sehr mächtige Kräfte, und das ist vor allem der Drogenhandel.

Viele Angehörige der paramilitärischen Gruppen kommen aus dem Militär. Für sie bietet es sich an, in einer wirtschaftlichen Krise auf ihre beruflichen Erfahrungen als Angehörige bewaffneter Einheiten zurückzugreifen. Manche sind in der Sicherheitsindustrie tätig, und andere arbeiten sich in einer ländlichen Region zu einer Führungsposition hoch. Dazu kommt, dass die Verfügung über Waffen die Möglichkeit bietet, andere dem eigenen Willen zu unterwerfen – das ist für viele Menschen sehr attraktiv.

Der Konflikt in Kolumbien ist auch deshalb so kompliziert, weil außerdem heftige Gefühle beteiligt sind. Und ich habe volles Verständnis für diese Gefühle. Dass Álvaro Uribe die Guerilla so hasst, hat damit zu tun, dass sein Vater von der FARC ermordet wurde. Aber ich verstehe auch einen Guerillero, der erleben musste, dass seine Mutter von Paramilitärs vergewaltigt und getötet wurde, die ihr hinterher den Kopf abgesägt haben, um damit Fußball zu spielen. In solchen Fällen spielt das Bedürfnis nach Rache eine große Rolle.

Insgesamt bestehen die paramilitärischen Gruppen aus Leuten, die genauso arm sind wie die Angehörigen der FARC oder auch der Polizei. In derselben Familie können Sie einen Polizisten, einen Guerillakämpfer und einen Angehörigen der Paramilitärs finden.

**Durch das Abkommen von 2016 sollten doch aber beide Seiten demobilisiert werden, also auch die paramilitärischen Gruppen.**

Angeblich sind die Paramilitärs demobilisiert worden, aber in Wirklichkeit existieren sie weiter und üben immer noch regionale Macht aus. Als Pablo Escobar sich auf das Feld der Politik begab, wurde immer mehr Politikern klar, dass der Drogenhandel eine Quelle darstellte für Gelder, die man zur Bestechung, zum Wahlbetrug, zum Erkaufen von Unterstützung verwenden konnte. Diese Gelder wurden von niemandem kontrolliert, denn sie zirkulierten bar und in riesigen Mengen. So ging die Kontrolle über den Drogenhandel in die Hände von Politikern über. Es ist kein Zufall, dass Hunderte von Politikern heute unter der Anklage des Drogenhandels im Gefängnis sitzen. Darin kommen die völlige Zerrüttung und Verkommenheit von Politik und Gesellschaft zum Ausdruck.

Man hatte sich daran gewöhnt, dass in der Wirtschaft Schutzgelder bezahlt werden. Auch die internationalen Großunternehmen oder die staatliche kolumbianische Erdölgesellschaft zahlten an die Drogenkartelle oder die Paramilitärs und arbeiteten mit ihnen zusammen.

Im Jahr 2013 hatte ich die Gelegenheit, im Rahmen einer Forschungsarbeit Karten zu vergleichen, die Kolumbien in verschiedenen historischen Momenten zeigten: während der bewaffneten Konflikte von 1982, dann 1990, 2002 und 2008, und schließlich 2012. Und das Ergebnis war, dass die Regionen, in denen bewaffnete Konflikte und Vertreibungen bis heute am häufigsten sind, zugleich die größten Erträge im Abbau von Gold und Coltan, im Anbau von Ölpalmen, Tomaten und anderen Monokulturen einbringen, und davon profitieren wiederum große transnationale Unternehmen. Weil ich auf solche Zusammenhänge hingewiesen habe, bin ich heute hier. Für diese Behauptungen braucht es natürlich Recherchen und Beweise, und wer sich auf dieses Feld begibt, riskiert, erschossen zu werden. Aber auch die Wahrheitskommission hat einige solcher Verbindungen aufgedeckt.

### **Aber muss man dann nicht doch sagen, dass das Friedensabkommen gescheitert ist?**

Wenn man fragt, ob das Friedensabkommen Erfolge gebracht hat, kann man darauf verweisen, dass wir uns immerhin in der Richtung bewegen, diese Zusammenhänge aufzudecken. Wir wissen heute, dass nicht die Guerilleros die „Bösen“ waren, und auch nicht die Paramilitärs, die heute im Gefängnis sitzen, sie waren nur die Marionetten. Einige von ihnen haben angefangen, auszupacken, wer sie beauftragt hat, und so kommen neue Erkenntnisse ans Licht. Ein Beispiel: Vor mehr als 15 Jahren wurde der Bürgermeister einer Gemeinde an der Atlantikküste von paramilitärischen Gruppen bedroht, und als er das öffentlich bekannt machte, wurde er ermordet. Wie sich herausstellte, war der Gouverneur der Region, Salvador Arana, der Auftraggeber dieses Verbrechens. Der damalige Präsident Álvaro Uribe, nahm ihn aus der Schusslinie, indem er ihn als Botschafter nach Chile schickte, und der lokale Militärbefehlshaber, der den Mord anordnete, ging als Militärattaché gleich mit. Erst mehrere Jahre später wurde Arana als Verantwortlicher benannt, und man muss doch fragen, ob er damit allein war, oder ob die Verbindungen zwischen Politik und paramilitärischen Gruppen nicht noch viel höher reichten. Und dabei denke ich nicht nur an den damaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez, sondern an die wirtschaftlichen Interessen, die hinter ihm standen und stehen.

### **Nach wie vor scheint die Gewalt fester Bestandteil des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Kolumbien zu sein.**

Wenn wir uns ansehen, wer Gewalt ausübt, dann sehen wir ganz unten die armen Kerle, für die das eine Möglichkeit des Lebensunterhalts ist, und ganz oben feine Leute, die in Harvard oder Yale waren und das wirtschaftliche und politische Schicksal des Landes bestimmen. Dazwischen haben wir lokale Anführer, die oft früher im Staatsdienst gestanden haben. Sie rekrutieren junge Leute aus der Region, um Felder oder Anlagen zu bewachen, machen Söldner aus ihnen und verwandeln sie in alternative oder zusätzliche militärischen Kräfte.

Wenn man sich ansieht, was zurzeit gerade in Kolumbien passiert, fällt die Brutalität der Polizei ins Auge. Es hat im Frühjahr 2021 mindestens 12 bezeugte Vergewaltigungen durch Polizisten in Polizeiwagen oder auf Dienststellen gegeben. Außerdem über 1600 Verletzte, von denen viele von Gummigeschossen oder anderen sogenannten „nicht tödlichen“ Waffen

getroffen wurden. Dabei haben die Polizisten diese Waffen absichtlich so eingesetzt, dass sie schwere Verletzungen hervorgerufen haben. Ja, die Demonstranten haben Sachen angezündet. Das war ein spontaner Ausbruch öffentlicher Empörung. Die Leute interessieren sich nicht für die Hintergründe, über die wir hier sprechen. Sie wissen nur, dass sie Hunger leiden, dass die Regierung sie im Stich lässt, dass ihnen die Steuerreform droht. Es sind die jungen Leute, die merken, dass man sie belogen hat. Auch wenn sie studiert haben, sehen sie an ihren Eltern, dass das nicht ausreicht, um sich über Wasser zu halten. Wenn man vorankommen will, muss man korrupt sein.

**Können wir noch einmal über die letzten zwei Jahre sprechen? Sie haben gesagt, dass die Zahl der Personen, die Kolumbien verlassen mussten, in diesem Zeitraum angestiegen ist. Das hat vermutlich mit der Präsidentschaftswahl von 2018 zu tun, aber können Sie das vielleicht noch genauer ausführen?**

Im März 2018 haben Parlamentswahlen stattgefunden. Diese Wahlen waren von schweren Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet, das habe ich selbst gesehen und bezeugt. Dafür bin ich bedroht worden, und das waren nicht die ersten Drohungen gegen mich.

Der Kongress, der aus den Wahlen von 2018 hervorging, beruhte also zum großen Teil auf Betrug, auch wenn die Regierung darauf besteht, dass es dafür keinen Beweis gebe.

Nach den Kongresswahlen fanden die Präsidentschaftswahlen statt, bei denen in der zweiten Runde Iván Duque und Gustavo Petro gegeneinander antraten.

In Kolumbien ist seit 1991 in der Verfassung festgelegt, dass es für staatliche Behörden externe Kontrollinstanzen gibt. Das ist nicht so wie hier in Deutschland, wo man sich über einen Amtsträger nur bei dessen Vorgesetzten beschweren kann. Da ist zum einen die „contraloría de la nación“ (Rechnungshof), dann der nationale Ombudsman („procurador“), bei dem Zivilpersonen Beschwerde einlegen können, außerdem die „defensoría del pueblo“, eine Behörde, die die Einhaltung der Grundrechte kontrolliert. Zudem gibt es in jedem Bezirk einen „personero“, der die Amtsführung staatlicher Institutionen überwacht. Daneben gibt es die Gerichte, einschließlich des Verfassungsgerichts. Trotz zahlreicher Korruptionsfälle und Fehler hat dieses System bisher mehr oder weniger funktioniert. Es war auch üblich, dass nach Wahlen Kontrollinstanzen mit Vertretern der Opposition besetzt wurden, um ein Mindestmaß von Unabhängigkeit von der Regierung zu garantieren. Politische Konflikte und auch Übergriffe sind normal in Kolumbien, aber durch dieses System gab es ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Gewalten, selbst wenn manches unter den Tisch gekehrt oder hinter den Kulissen geregelt wurde.

Seit der letzten Präsidentschaftswahl ist es mit diesem System vorbei. Die Generalstaatsanwaltschaft ging an einen Studienfreund des Präsidenten, die höchsten Ämter in der Judikative wie Verfassungsgericht, Gerichtshof und oberstes Verwaltungsgericht, gingen ebenfalls an Parteigänger der Regierung. Bei diesen Besetzungen arbeitete die Kongressmehrheit mit dem Präsidenten zusammen und nahm damit den kolumbianischen Bürgern die einzige Möglichkeit, Gehör zu finden. Wenn alle Instanzen, die die Regierung kontrollieren sollen, in der Hand von Anhängern eben dieser Regierung sind, dann ist ihre wirkliche Funktion, das Regierungshandeln von jeder Kritik abzuschirmen.

Nachdem die Regierung Duque die meisten Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt hatte, begann sie, ihre eigene Agenda voranzutreiben. Eines ihrer ersten Gesetzesvorhaben war die Steuerreform von 2019, mit der sie den Staat fast sämtlicher Finanzmittel beraubte. Banken und Großunternehmen erhielten Steuernachlässe, während die Mittelschicht den größten Teil der Steuerlast schultern sollte. Für sie wurden Steuersätze angehoben und neue Verbrauchssteuern auf Konsumgüter erhoben. Das brachte viele Familien, die vom Mindestlohn existieren müssen, in ernste Schwierigkeiten. Wenn man bedenkt, dass man an Gesundheitsausgaben, Miete und Transport schlecht sparen kann, was bleibt dann? Die Ernährung und der eine oder andere winzige zusätzliche Luxus.

### **Wie wirkte sich der Regierungsantritt von Ivan Duque auf das Friedensabkommen aus?**

Zu den ersten Handlungen der neuen Regierung gehörte die sofortige Erklärung der Rücknahme des Friedensvertrages. Ein führendes Mitglied von Duques Partei hat vor laufenden Fernsehkameras ein Exemplar des Vertrages zerrissen. Der Präsident selbst ist eine Marionette. Seine politische Karriere ist ohne Höhepunkte, er hat sich niemals durch irgendetwas ausgezeichnet. Er war kolumbianischer Vertreter in der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) in Washington und Senator für die Partei von Álvaro Uribe. Das ist alles. Er hat keine Erfahrungen, die ihn zum Präsidenten qualifizieren würden. Für uns, seine Gegner, war deshalb von Anfang an klar, dass er nur eine Fortsetzung der Regierung von Álvaro Uribe darstellen würde, die wir bereits acht Jahre lang ertragen hatten. Juan Manuel Santos, der auf Uribe folgte, hatte zwar ursprünglich zu dessen Partei gehört, war dann aber auf Abstand zu seinem Vorgänger gegangen und hatte den Friedensprozess eingeleitet, was zur Spaltung der Uribe-Partei geführt hatte. Was immer man sonst über Santos denken mag, man muss ihm zugutehalten, dass er einen ernsthaften Schritt in Richtung Frieden getan hat. Dafür hat er schließlich auch den Friedensnobelpreis bekommen

Eine Konsequenz der faktischen Vertragsrücknahme durch Duque war, dass die Gruppen wieder an die Oberfläche kamen, die sich seit dem Friedensabkommen im Hintergrund gehalten hatten. Die ehemaligen FARC-Kämpfer hatten sich zurückgezogen, man hatte sie zudem in bestimmten Gebieten konzentriert, wo man glaubte, für ihre Sicherheit sorgen zu können. Das führe dazu, dass einige Regionen, die zuvor durch die FARC kontrolliert worden waren, jetzt „offen“ waren. Das machten sich andere bewaffnete Akteure zunutze, und zwar Politiker mit ihren paramilitärischen Verbündeten. Sie übernahmen diese Gebiete und sämtliche Produktion, die sich dort befand, legale wie illegale. Auf diesem Wege sind die paramilitärischen Gruppen und die bewaffnete Kriminalität wieder auferstanden, auch wenn die Regierung das leugnet und diese Gruppen deshalb mit einem neuen Terminus bezeichnet. Heute nennt sie sie GAO („grupos armados organizados“ – organisierte bewaffnete Gruppen). Der politische Rückhalt, den diese Gruppen genießen, wird unter den Teppich gekehrt. In allen von der Regierung in Auftrag gegebenen Studien darf nur noch von GAO die Rede sein. Die politische Klasse verlor jeden Anstand, es kam wieder zu Landraub und Vertreibungen. Und als kritische Personen auf juristischem Wege, oder durch künstlerische oder dokumentarische Mittel dagegen protestierten, begannen die selektiven Mordanschläge.

Was ist das Neue daran? Früher, unter Álvaro Uribe, drangen paramilitärische Kräfte (die nicht selten mit der Polizei unter einer Decke steckten) in Dörfer ein und rotteteten ganze

Gemeinden aus. Das passiert heute nicht mehr, weil es auch international einen sehr schlechten Eindruck macht. Heute ist die Repression wesentlich geschickter. Man könnte sagen, dass ich vielleicht 2000 Menschen in Kolumbien vertrete. Das sind arme Menschen, Bauern, die ich beraten oder denen ich Rechtsbeistand gegeben habe. Wenn man mich tötet oder aus dem Land treibt, wie es jetzt geschehen ist, bleiben alle diese Menschen ohne Unterstützung. Oder sie geben auf und verfolgen ihre Klagen nicht weiter, weil sie Angst haben, umgebracht zu werden. Das heißt, die selektive Repression schwächt die soziale Basis des Widerstands und erfüllt damit ihre Funktion.

**Sie sind nun in Deutschland und haben Asyl beantragt. Könnte Ihnen von den Behörden vorgehalten werden, dass sie auch innerhalb des Landes hätten Zuflucht finden können?**

Ich bin nirgends im Land mehr sicher, auch in Bogotá nicht, denn ich bin von der Regierung als eine gefährliche Person gekennzeichnet worden. Ich könnte ja mit dem, was ich weiß und den Beweisen, die ich habe, vor ein Gericht ziehen oder an die Öffentlichkeit gehen. Dann gibt es auch Vertreter kleinerer Organisationen, die lokal verfolgt werden. Denen wird oft gesagt: „Geht doch nach Bogotá.“ Die regionale Gewalt bildet überall Ableger, sie breitet sich aus. Und man kann Menschen auch sozial töten, wenn man sie am Leben lässt. Wenn man eine Person, die seit ihrer Geburt in einer kleinen Dorfgemeinschaft gelebt hat, in eine große Stadt schickt, dann raubt man ihr die sozialen Beziehungen, ihr Arbeitsleben, die Kompetenzen, die sie sich durch Erfahrung erworben hat. Ich habe Glück gehabt, weil ich viele Freunde habe, die immer wieder Arbeit für mich gefunden haben, von der ich leben konnte und die ich außerdem gern gemacht habe. Aber 95% der Leute, die bedroht werden, haben diese Möglichkeiten nicht. Wenn Menschen, die sich in ihrem Heimatort sozial engagiert haben, gezwungen werden, in eine große Stadt zu ziehen, werden sie mit der Gewalt konfrontiert, die dort herrscht. In der Regel finden sie nur an der Peripherie eine Wohnung, in den Armenvierteln, wo wiederum Gewalt und Kriminalität allgegenwärtig sind. In diesen Vierteln leben Angehörige der Paramilitärs, der Guerilla, der Drogenbanden, so dass hier Mikro-Milieus der Gewalt entstehen.

Auch wenn Kolumbien doppelt so groß ist wie Deutschland, hat es nur halb so viele Einwohner und ist am Ende doch ein kleines Land. Die Möglichkeiten, einer Verfolgung zu entkommen, sind begrenzt, und die staatliche Kontrolle ist sehr umfassend. Ein konkretes Beispiel: Früher gab es in Kolumbien drei Möglichkeiten, um die Zahl der Verschwundenen oder Ermordeten festzustellen. Die erste war die Polizei, die alle Anzeigen protokollierte. Die zweite war die Gerichtsmedizin, die tätig wurde, wenn eine tote Person aufgefunden wurde. Sie protokollierte Gewalteinwirkung, Folterspuren, Anzeichen einer Vergewaltigung usw. Die dritte Instanz, die mit solchen Fällen befasst war, war die Staatsanwaltschaft, die Aussagen und Informationen sammelte und eine Anklage vor Gericht präsentierte. Wenn man also etwas herausfinden wollte über das Massaker in einer Dorfgemeinschaft, den Tod oder das Verschwinden einer sozialen Führungspersönlichkeit oder eine Menschenrechtsverletzung, hatte man drei Quellen, auf die man zurückgreifen konnte. Und wenn eine davon nicht zu den beiden anderen passte, weil beispielsweise die Polizei selbst in die Tat verwickelt war, dann konnte immer noch die Gerichtsmedizin auftreten und erklären, dass in diesem Fall Polizeimunition verwendet worden war, und die Staatsanwaltschaft konnte auf weiteren

Untersuchungen bestehen. Ivan Duque hat als Präsident dieses System abgeschafft und verfügt, dass in solchen Fällen in Zukunft nur noch ein einziges Protokoll angefertigt wird.

Es hat auch früher schon Fälle gegeben, wo Amtsträger aufgefordert wurden, Protokolle im Sinne externer Interessen zu ändern oder an andere Berichte anzugleichen. Aber wenn es gar keine gegenseitige Kontrolle mehr gibt, kann die Regierung die Zahlen über Verfolgung und Ermordung ihrer politischen Gegner fälschen.

Seit dem Friedensschluss waren die Zahlen der Mordfälle in Kolumbien beträchtlich gesunken, aber seit 2019 stiegen sie wieder. Aber wenn nun in einzelnen Fällen nachgefragt wurde, antwortete die Polizei, es hätte sich um Eifersuchtsdramen gehandelt, oder um Konflikte wegen Geld. Andere Ermordungen wurden als Folge von Kneipenschlägereien interpretiert. So ist ein Freund von mir umgebracht worden. Der hatte in der Tat ein Bier getrunken, aber es war vier Uhr nachmittags, und er befand sich in Arauca, wo zu dieser Zeit 39 Grad im Schatten herrschten. Er befand sich dort zu Dreharbeiten für einen Dokumentarfilm über eine lokale Partei, die im Jahr 1994 von der damaligen Regierung verfolgt und ausgelöscht wurde. Das waren jedenfalls die offiziellen Antworten der Regierung auf unsere Fragen, warum die Zahlen von Mordfällen, Entführungen und Korruption wieder anstiegen. Diese Antworten sind bei Youtube oder in der Presse dokumentiert. Dem Himmel sei Dank für die modernen Technologien, auch wenn hier oft Zensur ins Spiel kommt.

Das Interview führte Eleonore von Oertzen im Mai 2021